

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 204 - Zuwanderung und Integration
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Jürgen Lemmer 563 2679 563 8576 juergen.lemmer@stadt.wuppertal.de
	Datum:	18.02.2004
	Drucks.-Nr.:	VO/2621/04 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
03.03.2004	Ausschuss Soziales und Gesundheit	Beschlussempfehlung
11.03.2004	Ausländerbeirat	Empfehlung/Anhörung
24.03.2004	Hauptausschuss	Empfehlung/Anhörung
29.03.2004	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung
Haushaltsberatungen - Reduzierung der Zuschüsse im Bereich d. Betreuung v.Flüchtlingen /Aussiedlern		

Grund der Vorlage

Im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes hat die Landesregierung die Erstattungszeit für Kontingentflüchtlinge von 3 auf 2 Jahre reduziert. Im Bereich der HHST 4040-161.0300 „Vom Land für die Betreuung von Flüchtlingen“ vermindern sich die Einnahmen um 70.000 € ab 2005.

Beschlussvorschlag

1. Die Mindereinnahme ist durch entsprechende Ausgabenkürzungen auszugleichen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Personalaufwendungen des Ressorts 204 im Bereich der Betreuung von Flüchtlingen und Aussiedlern um 30.000 € zu senken.
3. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, mit den Trägern der Wohlfahrtspflege mit dem Ziel zu verhandeln, eine Reduzierung der Zuschüsse in Höhe von 40.000 € zu erzielen.

Einverständnisse

Der Kämmerer ist einverstanden.

Unterschrift

Dr. Kühn

Begründung

Insbesondere durch die Reduzierung der Asylbewerberzahlen ist der Zuschuss des Landes für die Betreuung ausländischer Flüchtlinge kontinuierlich gesunken. Die Verwaltung hat dem Rechnung getragen, in dem sie die eigenen Personalaufwendungen in diesem Bereich dem entsprechend gesenkt hat. Im Bereich der Zuschüsse an die Träger der freien Wohlfahrtspflege wurden im gleichen Zeitraum keine Kürzungen vorgenommen.

Neben der Reduzierung der Flüchtlingszahlen kommt nun eine Verkürzung der Landeserstattung für Kontingentflüchtlinge von 3 auf 2 Jahren hinzu.

In der Entwicklung der Einnahmen vom Land und der Zuschüsse ergibt sich damit nun folgendes neues Bild:

	2002	2003	2004	2005 (alt)	2005 (neu)*
Einnahmen aus der Landeserstattung ca.	343.389 €	287.441 €	288.600 €	261.000 €	191.000 €
Leistungsvereinbarung Jüd. Wohlfahrtsverb.	46.000 €	46.000 €	67.700 €	67.700 €	67.700 €
Caritasverband	47.800 €	47.800 €	47.800 €	47.800 €	47.800 €
DW Elberfeld	22.050 €	22.050 €	22.050 €	22.050 €	22.050 €
DW Barmen	22.050 €	22.050 €	22.050 €	22.050 €	22.050 €
Verbleibender Teil für die Aufwendungen von 204	205.489 € (= 59,8%)	151.541 € (52,7%)	131.000 € (=45,4%)	103.400 € (39,6%)	33.400 € (17,5%)

*bei unveränderten Zuschüssen an die Verbände

Zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung konnte die Verwaltung davon ausgehen, dass in 2005 der ihr verbleibende Teil der Landeserstattung zwar effektiv um 28.000 € niedriger sein würde als 2004, aber mit einer Minderung von ca. 6% gegenüber dem Vorjahr in etwa der Entwicklung seit 2002 entsprechen würde.

Durch den Einschnitt der Landesregierung in der Erstattung der Aufwendungen würde bei einer Fortschreibung der angesetzten Zuschüsse die Mindereinnahmen ausschließlich zu Lasten der Stadt gehen und mit einem Anteil von 17,5% an den Zuschüssen ein unververtretbar geringer Teil verbleiben, da die Stadt gleichzeitig der größte Anbieter in diesem Bereich ist.

Durch eine Reduzierung der Aufwendungen bei der Stadt um 30.000 € (incl der schon im Haushaltsplan kalkulierten Mindereinnahme ergibt sich für die Stadt ein Betrag von 58.400 €) und bei den Verbänden um 40.000 € würde der Entwicklung der letzten Jahre Rechnung getragen, da bei einer entsprechenden Umsetzung der Verwaltung für ihre Aufwendungen ein Betrag von 73.400 € verblieb (= 38,4%).

Die Verwaltung wird mit den Wohlfahrtsverbänden Verhandlungen aufnehmen, wie diese Einsparung umgesetzt wird.